

*Der Regionsjugendring Hannover e.V.  
Geschäftsstelle des RJR Hannover e.V.  
Post: Hildesheimer Str. 20  
30169 Hannover  
Besuch: Weinstr. 20  
30159 Hannover*



# Positionspapier Jugendbeteiligung an politischen Prozessen in der Region Hannover

Dieses Dokument basiert auf den Beratungen und Diskussionen in zwei Delegiertenausschüssen der 19 Mitgliedsverbände und angeschlossenen Jugendringe, in dem AK Grundsatz und dem Vorstand des Regionsjugendringes Hannover e.V..

Es nimmt u.a. Bezug auf die Drucksache Nr. 2141 (IV) IDs „Beteiligung von Jugendlichen an politischen Entscheidungen“ des Jugendhilfeausschusses der Region Hannover.

Zur Abstimmung der VV 2020/ RJR Hannover e.V. vorgelegt.

Bereits 2015, in der 17. Shell-Studie, konnte ein wieder angestiegenes politisches Interesse bei den befragten jungen Menschen festgestellt werden. Man sprach gar von einer „Generation im Aufbruch“. Die 17. Shell-Studie stellte jedoch auch fest:

Trotz des steigenden politischen Interesses bleibt eine ausgeprägte Systemverdrossenheit gegenüber Parteien und Parlamenten bestehen.<sup>1</sup>

### **Wie passt das zusammen?**

Die im vergangenen Jahr veröffentlichte 18. Shell-Jugendstudie will die Frage beantworten, wohin dieser „Aufbruch“ der jungen Generation in Deutschland führt<sup>2</sup> und trägt den Untertitel „Eine Generation meldet sich zu Wort“.

Dadurch werden bereits zentrale Aspekte der Untersuchung deutlich. Obwohl die „Fridays for Future“-Bewegung zu Zeiten der Datenerhebung (Januar – März 2019) ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hatte, zeigen sich hier bereits wichtige Tendenzen der gegenwärtigen jungen Generation.

Ideen und Ansprüche an die Gestaltung der Zukunft werden von Jugendlichen vermehrt geäußert und eine politische Weichenstellung gefordert. Dies erweckt den Anschein, dass Jugendliche politischer werden. Im Vergleich zu 2015 ist das politische Interesse im Allgemeinen jedoch leicht rückläufig (2015: 43 %, 2019: 41 %) und die Politikverdrossenheit bleibt auf hohem Niveau.<sup>3</sup>

Lediglich das konkrete Engagement wird durch Beteiligungsformate wie z. B. Fridays for Future sichtbar. „So liegt das politische Engagement Jugendlicher nach eigenen Angaben seit langer Zeit zwischen 33 und 40 %. Je gehobener die Herkunft, desto höher der Anteil an Engagierten. Aktuell bewerten Jugendliche politisches Engagement wieder höher, was auch der großen Bedeutung zugeschrieben werden kann, die einer bewussten und achtsamen Lebensführung beigemessen wird.“<sup>4</sup>

Von den jungen Menschen aus gedacht: Fühlen Sie sich ausreichend beteiligt? Wenn wir mit den Aktivisten von FFF sprechen: „Nein, es geht zumindest nicht schnell genug“.

„Die Kritik, die viele dieser Heranwachsenden [...] am sogenannten Esta(b)lishment in Politik und Gesellschaft üben, ist auch davon beeinflusst, dass sich junge Menschen generell nicht hinreichend gefragt und einbezogen fühlen.“<sup>5</sup>

<sup>1</sup> 17. Shell-Studie, S. 23, 1. Absatz

<sup>2</sup> 18. Shell-Studie, S. 35, 2. Spalte oben

<sup>3</sup> 18. Shell-Studie, S. 95

<sup>4</sup> vgl. Wikipedia zu 18. Shellstudie: [https://de.wikipedia.org/wiki/Shell\\_Jugendstudie#Politik\\_und\\_Engagement](https://de.wikipedia.org/wiki/Shell_Jugendstudie#Politik_und_Engagement)

<sup>5</sup> 18. Shell-Studie, S. 13, 4. Absatz

## EINE SKIZZE / GEDANKEN ZUR MEHR JUGENDBETEILIGUNG IN DER REGION HANNOVER:

### ➤ **WAS NICHT GEHT, IST DAS ADAPTIEREN POLITISCHER STRUKTUREN DER ERWACHSENEN.**

Ein neg. Beispiel für die Integration junger Menschen in „erwachsene politische Strukturen“: Der RJR bietet jährlich an, den Sitz im ÖPNV Beirat durch eine\*n Delegierten zu besetzen. Dies klappt nicht, obwohl der ÖPNV ein klassisches Jugendthema ist. Dennoch gibt es beispielsweise durch Schülervvertretungen und Jugendringe jugendpolitische Forderungen zum Thema ÖPNV.

Ein Form der Jugendbeteiligung sind die so genannten Jugendparlamente. Das funktioniert in den Kommunen gut, in denen ausreichend hauptberufliche Unterstützung angeboten wird.

D.h. 1. Aussage: Jugendbeteiligung benötigt hauptberufliches Engagement und kann nicht über die Gremienbetreuung erfolgen, sondern durch speziell ausgebildetes Personal.

2. Aussage: Jugendpolitik benötigt jugendgerechte Strukturen.

Die Vollversammlung des DBJR hat im Oktober 2019 die Position „Medienpolitik ist Jugendpolitik“ verabschiedet und sich damit verpflichtet, „Medienpolitik überall dort, wo sie junge Menschen und ihre Interessen betrifft, als Teil ihres jugendpolitischen Auftrags der anwaltschaftlichen Vertretung junger Menschen zu gestalten und medienpädagogische Arbeitsansätze zu entwickeln und zu stärken.“ (<https://www.dbjr.de/artikel/medienpolitik-ist-jugendpolitik/>)

Als RJR unterstützen wir den DBJR Antrag und werden 2020 nutzen uns „upzudaten“.

Wir denken, ein Ausschuss für Medienpolitik in der nächsten Legislaturperiode, der dieses Thema explizit behandelt, wird dem Anliegen der jungen Menschen in der gesamten Region Hannover bereits in vielfältiger Weise gerecht. Der Ausschuss könnte mit jugendlichen Vertreter\*innen und weiteren Akteuren der Medienpolitik besetzt sein und sich in Art und Durchführung an die Geschäftsordnung der Region halten, die Form könnte aufgelockert sein. Denn wenn hier über alle Medienthemen (Netzausbau, Medien in Schulen, interaktive Homepage der Region Hannover, Social Media ...) gesprochen wird, werden über das Thema Medien die jungen Menschen erreicht und weitere Anliegen werden hier auftauchen, die in weitere Ausschüsse vermittelt werden können.

Ein Beispiel: Wenn junge Menschen in dem Ausschuss Medienpolitik die EDV Ausstattung an einer BBS vortragen, werden sie gleichzeitig Fürsprecher\*innen der Interessen vieler

Schüler\*innen. Die technische Seite kann hier besprochen werden, der pädagogische Aspekt im Schulausschuss, bzw. Jugendhilfeausschuss.

3. Aussage: Es bedarf keines gesonderten Projektes, einer speziellen Homepage oder einer APP, in der junge Menschen in die Erwachsenenwelt „hineinfunken“. Erwachsene müssen in die Welt der Jugendlichen hereinhören, also umgekehrt.

Hierfür bedarf es Moderatoren, die relevante Informationen von Kindern und Jugendlichen erfahren und aufbereiten. Diese Moderatoren sollten durch die Region Hannover / Land Niedersachsen<sup>6</sup> ausgebildet werden und sowohl aus Vertretern der Politik, Verwaltung, wie auch der freien Trägern stammen.

4. Aussage: Nicht zuerst ein Projekt und dann eine Umsetzung in die Fläche.

Das in der Drucksache beschriebene Prinzip der Partizipation ist aus dem Blickwinkel Verwaltung betrachtet und in Folge ein System der Partizipation, welches verlässliche Daten für verwaltungskonformes Handeln liefert.

Hier fallen zu viele Interessenslagen hinten runter. Dieser Blickwinkel ist zu einseitig.

In der Drucksache wird eine zweijährige Projektphase für eine vertiefende Bestandsaufnahme zu aktuellen Partizipationsstrukturen und Beteiligungsmethoden vorgeschlagen. Zudem muss eine Arbeitsgruppe, unter Einbindung der strategischen Partner\*innen, aufgebaut und entsprechende Workshops und Projektgruppentreffen durchgeführt werden. Dies wurde in ähnlicher Weise in dem Projekt „Qualitätsentwicklung in der Jugendarbeit in Niedersachsen“ durchgeführt. Schon hier zeigte sich eine deutliche Hürde / Schwäche bei der Umsetzung dieses Konzeptes: Es konnten nicht alle Plätze für Vertreter\*innen der freien Träger besetzt werden. Wie auch, bei Halbtags- und Ganztags-Workshops mit der Bitte, in der Zwischenzeit zu arbeiten und vor dem Hintergrund, dass das Projekt bedeutend verlängert wurde. Darüber hinaus konnten auch keine Vertreter\*Innen für Initiativen und Interessensvertretungen von Menschen mit diversen Hintergrund besetzt werden.

Dies ist also ein Gremium, welches u.a. verwaltungsrelevante Ergebnisse erzeugt und sollte für das Thema Jugendbeteiligung nicht adaptiert werden.

Dennoch, wenn auch kontrovers: Das Thema Jugendbeteiligung kann analog der Qualitätsentwicklung gedacht werden. Bestandteil der Qualitätsentwicklung der Jugendarbeit ist eine Bestandserhebung und eine Bedarfserhebung. Dies ist die gemeinsame Schnittstelle.

---

<sup>6</sup> Erste Angebote zur Weiterbildung „Kinder- und Jugendlichen Moderatoren“ sind durchgeführt worden.

Abschließend Stichpunkte u.a. aus den Rückmeldungen der Jugendverbände:

### WAS GEHT? ... DIE GUTE MISCHUNG MACHT'S .

- Informelle Treffen zwischen Politik und Engagierten – toll ist die Juleica Party, kann ausgebaut werden oder ein jugendpolitisches Sommerfest im Anschluss an einen JHA.
- Politik fragt Jugend. Die gezielte Ansprache zu einzelnen Punkte könnte beispielsweise über social Media oder eingesetzte Schulsoftware (Iserv/Umfragen) funktionieren. Die Abfrageaufträge sind an externe Unternehmen zu vergeben.
- Gründung eines Ausschuss mit besonderem Charakter zum Thema Medien.
- Jugendpflegen für den Bereich politische Partizipation gewinnen, ausbilden und einbinden.
- Jugendarbeit/Jugendringe / Jugendverbände als Ort der Partizipation stärken und personell ausstatten bspw. mit Referent\*innen für Jugendpolitik.
- Jugendeinwohnerversammlungen zu Projekten und zu Grundsatzfragen können zum Standard werden. Beispielsweise vor einer Regionsversammlung für eine halbe Stunde.
- Schülerrat stärken. Schüler\*innen verbringen zunehmend Zeit in der Schule. Zum Einen sind die selbstorganisierten Schülerräte zu unterstützen (Förderprogramm) zum Anderen ist Schule als Organisation im Aufbau von Partizipationsprojekten zu fördern.
- Weiter forschen mit Hilfe externer Partner wie der Universität.
- Ausprobieren - einfach machen.
- Fragen Sie die jungen Menschen, was und wo sie mitsprechen möchten! Ein Förderprogramm, das freie Träger und ggf. öffentliche Träger unter Beteiligung junger Menschen abrufen können, erzeugt gelebte Partizipation.
- Mit der Stadt Hannover (Jugendgerechte Kommune) und dem Land Niedersachsen (Demokratie und Digitalisierung) kooperieren. Im Koalitionsvertrag ist die Rede von „Regionalstelle in der Jugendarbeit,... um Beteiligungsmöglichkeiten zu verbessern (S.49, Z.1214-1218). Hier könnten wir uns gemeinsam bewerben.

### BITTE KEINEN ARBEITSKREIS!

Was wird benötigt:

Moderatoren, externe Unterstützung, Aufbrechen etablierter Strukturen und Teilen von Macht und Ressourcen.